

Wie stellt Angela Merkel gesellschaftliche und soziale Ungleichheiten in den Medien dar?

Mark Galliker

Zur Beantwortung der Titelfrage wurde das von Angela Merkel in einem Zeitrahmen von fünf Jahren (01.04.2012 bis 31.03.2017) in Interviews und Reden verbal Vorgetragene medienpsychologisch untersucht. Dabei wurde das von ihr unmittelbar abgerufene verbale Verhalten (Interviews) sowie die von ihr und/oder ihren MitarbeiterInnen vorbereiteten und von ihr jedenfalls vorgängig eingesehenen und genehmigten Sprachproduktionen (Reden) an ihren eigenen Ansprüchen gemessen. Ausgangspunkt der Untersuchung war die Bestimmung der kleinsten Einheit des verbalen Verhaltens der Bundeskanzlerin. Aus dieser »Zelle« wurden unter Berücksichtigung zusätzlicher Bedingungen komplexere Verhaltensmuster rekonstruiert. Methodologisch wurde analytisch-synthetisch vorgegangen, was freilich in der vorliegenden Kurzdarstellung der Untersuchung nur in der einfachen Unterteilung in zwei Hauptkapitel zur Geltung kommt (für Näheres zu einer dem Gegenstand möglichst angemessenen Vorgehensweise siehe Galliker, 1980)

1. Analyse

Zunächst wurden die Interviews und Reden, wie sie in den ARD- und ZDF-Mediatheken sowie in einer Sammlung von Zeitungsartikeln vorliegen, zusammengestellt und kategorisiert.¹ Im vorliegenden Beitrag kann nur das sprachpsychologisch Zugängliche berücksichtigt werden, nicht aber Paralinguales (z. B.

1 Zur Erstellung der Dokumentation haben mir Bernd Walter und Daniel Weimer wichtige Hinweise gegeben. Bei ihnen möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken.

bedachter Tonfall) und Nonverbales (z. B. ineinandergelegte Hände). Die Aufgabe bestand darin, ein allgemeines »verbales Verhaltensmuster« zu finden, das als solches durchgängig ist, insofern es immer wieder auftaucht, sei es konkret ausgestaltet oder als allgemeine Struktur komplexerer Verhaltensweisen.

Merkels Anspruch

Angelegt wird ein Maßstab, den auch Merkel anlegt. Es war die Bundeskanzlerin, die am 23.11.2016 in der Generaldebatte des Bundestages zum Bundeshaushalt 2017 Folgendes forderte:

1. Da mit dem aufkeimenden Populismus in den Medien Meinungen kursierten, welche die Meinungsbilder verzerren, sei die Wiederherstellung der *journalistischen Sorgfaltspflicht* notwendig.
2. Erforderlich sei, mit dem Phänomen der Verunsicherung der *gemeinsamen Wertebasis* umzugehen und einzugreifen, um diese wieder herzustellen (vgl. z. B. FAZ, 2016).

Allgemeines Verhaltensmuster

In der Neujahrsansprache für das Jahr 2016 sagte die Bundeskanzlerin: »Auch im Kampf gegen den Terror des IS leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag«, um unvermittelt hinzuzufügen: »*Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen mit Leib und Leben für unsere Werte, unsere Sicherheit und unsere Freiheit ein*« (Bulletin der Bundesregierung, 2016, S. 2). Hieraus und aus vielen weiteren vergleichbaren Interview- und Redestellen wurde ein verbales Verhaltensmuster extrahiert. Dieses Muster lässt sich wie folgt formulieren: 1. Ansprechen eines THEMAS – 2. Aussprechen einer PHRASE.

Beim THEMA handelt es sich um eine aktuelle politische Angelegenheit oder ein Problem; bei der PHRASE (in den Beispielen kursiv dargestellt) um eine allgemeine Aussage, die unverfänglich und unverbindlich bleibt. Oft werden dieser Aussage in einem abstrakten Sinne Werte wie Freiheit, Demokratie oder auch Menschenrechte aufgesetzt, die aufseiten des Themas *nicht* in ihrem Bestand oder in ihrer Gefährdung sachlich berücksichtigt und konkret behandelt, sondern ausgeblendet werden.

Verhalten bei Nachfragen

Neben den notwendigen Bedingungen sind auch die akzidentellen zu berücksichtigen. Was geschieht, wenn sich zum Beispiel eine Interviewerin mit einer Antwort nicht begnügt und diese infrage stellt?

Zu Beginn des Sommerinterviews in der ZDF-Sendung »Berlin direkt« vom 18.08.2013 wurde die Kanzlerin von Bettina Schausten auf den Schutz der deutschen Touristen in Ägypten angesprochen, wo es bei Unruhen mehr als 800 Tote gab. Merkel versicherte, dass das Auswärtige Amt alles tue, um die Sicherheit der Touristen zu gewährleisten. Die Lage in Ägypten sei brisant und besorgniserregend – und jetzt folgt unmittelbar die allgemeine, an sich akzeptable Aussage: »*Gewalt ist kein Mittel zur Lösung politischer Konflikte*«. Auf die Frage der Interviewerin, ob die Bundesregierung bei einer Regierung, die auf dem Weg zu einer Militärdiktatur ist, »auch schon genehmigte Waffenexporte jetzt erst auf Eis legen wird«, vermochte die Kanzlerin wie gewohnt die Antwort ohne Initialpause abzurufen. Sie stellte in Aussicht, die Situation neu zu bewerten und zwar so, dass auch Rüstungsexporte ein Mittel von Maßnahmen sein »können« (vgl. ZDF, 2013). Dass der eigentlichen Frage ausgewichen wurde, merkt nun kaum noch jemand.

Inzwischen gehört Ägypten zu den fünf wichtigsten Empfängerstaaten deutscher Waffen. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsabwehr wird unter anderem auch Grenzschutztechnologie geliefert und mit dem Geheimdienst des Landes erfolgt eine Kooperation (vgl. jW, 2017c, S. 3). Anscheinend ist die von der Kanzlerin verpönte Gewalt (s.o.) doch ein Mittel zur Lösung politischer Konflikte. Kommen diese Mittel andernorts zur Sprache?

Verneinungen

Auf der Bundespressekonferenz vom 28.07.2016 in Berlin wandte sich Merkel, die sich mit ihrem markanten Satz »Wir schaffen das« neue Freunde und Feinde geschaffen hatte, an ihre GegnerInnen unter anderem mit den Worten: »Viele Flüchtlinge sind keinerlei Rechtfertigung für Xenophobie und Rassismus [...]. *Wir befinden uns in keinem Krieg oder keinem Kampf gegen den Islam*« (vgl. TAZ, 2016, S. 3). Psychoanalytisch betrachtet, handelt es sich um zwei »Verneinungen«, worunter man verdrängte oder zumindest vorerst abgewehrte Gedanken versteht, die nun aber ausgedrückt werden, allerdings indem sie explizit zurückgewiesen werden (vgl. z. B. Laplanche & Pontalis, 1972/1986, S. 198).

Die Verneinung kann auch als eine Art Schutz verstanden werden, eine unangenehme Wirklichkeit wahrzunehmen. Doch was ist das für eine Realität, die offenbar nicht offen behandelt werden darf?

Anzeichen von Sachzwängen

Im Interview, das die Kanzlerin anfangs September 2016 einer großen Boulevardzeitung gewährte, kam sie in ihrer Antwort auf die Frage nach der Verteilung der Flüchtlinge in Europa sowie des Schutzes der EU-Außengrenze durch die Türkei auf die »Fluchtursachen« zu sprechen. Merkel zufolge ist es gerade mit der EU-Türkei-Vereinbarung gelungen, »*Menschenleben zu retten*«, was das wichtigste Ziel sei. Die Bekämpfung der Fluchtursachen sei nicht allein Aufgabe von Europa, »*sondern eine humanitäre Verantwortung der ganzen Welt*« (BILD, 2016a, S. 2). In Merkels Generalisierung taucht dann unerwartet Folgendes auf: »Es liegt außerdem in der Natur der Sache, dass wir unsere Außengrenzen auf dem Mittelmeer nur gemeinsam mit den gegenüberliegenden Ländern schützen können« (ebd., S. 3). Offenbar bekommt es die Kanzlerin mit Sachverhalten zu tun, »die von ihrer Natur aus« bestimmte Verhaltensweisen nach sich ziehen, also notwendigerweise erfolgen. Und es handelt sich um Sachverhalte, die auf die Regierung wie bei der Finanzkrise vehement zukommen:

»Denken Sie an die Finanzkrise: Erst als die ersten Angriffe auf den Euro kamen, haben wir gemerkt, dass wir darauf nicht vorbereitet waren. Es brauchte eine Vielzahl von Maßnahmen, um die gemeinsame Währung zu schützen. Auch in der Flüchtlingskrise trifft uns die Globalisierung mit Wucht« (ebd., S. 2).

Die mit »Wucht« erfolgenden »Angriffe« erfordern »Maßnahmen«. Um was für Maßnahmen handelt es sich? Was lässt die Kanzlerin in ihrem verbalen Verhalten von den Sachzwängen allenfalls durchscheinen?

Aufkommen der Sachzwänge

In einem Sommerinterview der ARD-Sendung »Bericht aus Berlin« vom 26.08.2012 von Ulrich Deppendorf zum Konflikt mit Griechenland befragt, weist Merkel darauf hin, dass sie »Verlässlichkeit« in der Umsetzung notwen-

diger Reformen eingefordert habe, und sie fügt hinzu: »*Wo immer wir helfen können, mit Logistik, mit Menschen, mit Ideen, wollen wir den Griechen bei Seite stehen*« (vgl. ARD, 2012). Eine eingeblendete Zuschauerin, die sich als Halbgriechin vorstellt, fragt nach: »Wie sehen Sie das? Drachme oder Euro? Oder geht es Ihnen wirklich um die Menschen in Griechenland?« Merkel antwortet ohne zu zögern wie folgt:

»*Mir geht es immer um die Menschen. Mir geht es um die Menschen hier bei uns zu Hause und mir geht es auch um die Menschen in Griechenland. Aber wir müssen auf der anderen Seite uns natürlich auch aufeinander verlassen können. Und deshalb sage ich der Zuschauerin, dass ich ihre Sorgen verstehe, dass ich auch weiß, was in Griechenland viele zu erleiden haben. Das Ungerechte ist ja auch, dass die, die viel Geld haben, längst über alle Berge sind und ihr Geld ganz woanders angelegt haben. Und die einfachen Leute müssen an vielen Stellen diese Dinge jetzt ausbaden. Und das ist extrem ärgerlich, wie wir in der ganzen Finanzkrise die Situation haben und trotzdem sage ich, der Euro wird nur dann eine stabile Währung sein können, wenn wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen als Europäer*« (vgl. ebd.).

Merkels quasi empathisches Verhalten bringt hier ein Stück weit Ungleichheit und Ungerechtigkeit zum Vorschein. Dessen wird sie sich plötzlich gewahr, sodass sie mit dem Wort »trotzdem« Gegensteuer gibt und das Nicht-zur-Verantwortung-Ziehen der Verantwortlichen unter Bezugnahme auf »ihre« Standards nachträglich wieder überspielt.

Verstellung der Signifikanten

Bei der Pressekonferenz anlässlich des Besuchs des tunesischen Regierungschefs Youssef Chahed am 14.02.2017 in Berlin gab Merkel zu verstehen, dass finanzielle Anreize gesetzt werden sollen, damit abgelehnte Asylbewerber »freiwillig« zurückkehrten. »*Dazu wollen wir auch Beratungszentren in Tunesien errichten und wir müssen allerdings auch deutlich machen, wer sich auf diese freiwillige Rückkehr nicht einlässt, dem müssen wir sagen, dann müssen wir es eben auch unfreiwillig tun*« (PHOENIX, 2017). Demnach versucht man es zunächst im Guten mit dem guten Willen der Betroffenen, und sind diese nicht willig, so braucht man eben Gewalt, auch wenn das ja eigentlich kein Mittel zur Lösung politischer Probleme ist (s.o.).

Die Kanzlerin wünscht im Tausch gegen sogenannte Entwicklungshilfe, dass

die Rückführung der Flüchtlinge beschleunigt wird, was vom tunesischen Premierminister unterstützt wird; doch lehnt dieser ab, andere afrikanische Flüchtlinge zurückzunehmen oder gar festzuhalten. Ein Abkommen wie mit der Türkei sei mit Tunesien nicht möglich. Es sei wichtig, dass die »junge Demokratie« mit der Einrichtung eines »Auffanglagers« nicht gefährdet werde. Der tunesische Regierungschef kritisierte hier implizit den Begriff »Auffanglager«, den Merkel drei Tage zuvor in ihrer Videokonferenz (11.02.2017) noch verwendet hatte. Später meinte sie, dass dieses Wort nicht zu ihrem Sprachschatz gehöre. Auf der erwähnten Pressekonferenz sprach Merkel nur noch von einem »Beratungszentrum«. Inzwischen werden von der Bundesregierung Begriffe wie »Auffanglager« oder »Sammellager« vermieden und durch »Aufnahmezentren« ersetzt. Merkel setzt an die Stelle verräterischer Signifikanten harmlosere oder sogar human oder sozial anmutende. Gegenüber einer sachlogischen Begrifflichkeit präferiert sie die Verklärung der Begriffe.

So vertauscht Merkel ihre neoliberale Politik mit ihrem »überwältigenden Grundbekenntnis zur *sozialen Marktwirtschaft*«, einem Konzept, das sie fast durchgehend an die Stelle weniger schöner Begriffe stellt (z. B. »Sozialabbau«). Selbstverständlich wird durch einen wohlklingenden Signifikanten keine Ungleichheit beseitigt und keinerlei Gerechtigkeit geschaffen, doch hinterlässt er bei vielen ZuhörerInnen einen guten Eindruck.

Merkels Merkmal ist die Maskierung der Macht. »Waffenlieferungen« werden durch »Entwicklungshilfe«, »expansive Politik« durch »Übernahme von Verantwortung in der Welt« substituiert. Nach dem Regierungswechsel in den USA will Merkel sogar »in Zukunft *mehr* Verantwortung in der Welt [...] übernehmen« (vgl. jW, 2017a, S. 1 [Hervorh. d. A.]). Es stellt sich die Frage, was dieser »Mehrwert des Signifikanten« signifikativ nach sich zieht.

Veränderung des Signifikats

Im Interview mit der BILD-Zeitung vom 03.09.2016 reduziert Merkel den internationalen Krieg in Syrien auf einen nationalen, besetzt ihn mit dem unverfänglichen Signifikanten »Bürgerkrieg« und beschreibt den damaligen Stand der Auseinandersetzungen wie folgt: »Obwohl es gelungen ist, den IS aus wichtigen Städten [...] zu vertreiben, tobt der Kampf gegen diese mörderischen Terroristen und das Assad-Regime weiter. Das ist eine einzige Katastrophe« (BILD, 2016a, S. 2). Worin diese Katastrophe im Einzelnen besteht, wird von der Kanzlerin nicht weiter expliziert. Im Gegenteil: In der Äußerung wird der »Identitätssatz« miss-

achtet (vgl. z. B. Harich, 2014), verwandelt sich doch der Islamische Staat (IS), dessen Kämpfer – vermittelt mit dem Wort »diese« – als »mörderische Terroristen« identifiziert werden, stillschweigend in jenen Terrorismus, der zusammen mit dem Assad-Regime genannt wird.

Phänomenologisch zeigt sich die Inkonsistenz in unvermittelten inhaltlichen Übergängen oder im abrupten Themenwechsel. Ein angesprochener Gegenstand kann nicht gehalten werden oder darf nicht in seinem Zusammenhang Bestand haben. Was zusammengehört, wird voneinander isoliert. Das Unvermögen, den Gegenstand in seinem Zusammenhang zu halten, wird in der Psychoanalyse »Isolierung« genannt. Die Isolierung ermöglicht es einem Subjekt, seine Verhaltensweise zu durchbrechen und in Einzelteile zu separieren, sodass das Subjekt das eine tun und das andere lassen kann (vgl. Laplanche & Pontalis, 1972/1986, S. 238ff.).

Bestätigung sozialer Diskriminierung

In ihrer Neujahrsansprache für das Jahr 2017 weist die Bundeskanzlerin an erster Stelle darauf hin, dass die »islamistischen Terroristen« Mörder voller Hass seien, »aber wie wir leben und leben wollen, das bestimmen nicht sie. *Wir sind frei, mitmenschlich, offen*« (SZ, 2016/2017, S. 8). In einer Wochenzeitung lobten die meisten Befragten die Rede, doch eine Frau syrischer Herkunft kritisierte einerseits den diskriminierenden Ausdruck »islamistischer Terror« und andererseits den fehlenden Hinweis auf die »rechtsradikalen Anschläge auf Flüchtlingsheime« in Deutschland (vgl. ZEIT, 2017, S. 10). Zwar bezieht sich Merkel nicht auf sämtliche Mitglieder der Outgroup, doch auch wenn nur die sogenannten »Islamisten«, also die Fundamentalisten innerhalb des Islams gemeint sind – wobei auch dieselben keineswegs alle kämpferisch sind – wird über das Hauptmorphem »Islam« dennoch die Gesamtgruppe assoziiert und zudem über die Endmorpheme »isten« negativ konnotiert.

Die Imprägnierung der Ingroup bei gleichzeitiger Diskriminierung einer Outgroup bekräftigt die von Merkel eigentlich abgelehnte Xenophobie in der Bevölkerung (zur Theorie der Sozialen Identität siehe Flaßbeck & Erb, 2015). Doch vordergründig bleibt die Kanzlerin bei ihrer humanen Haltung gegenüber den Flüchtlingen und gelangt bei einer späteren Gelegenheit in Bezug auf dieselben sogar zu der folgenden wohlklingenden Äußerung: »*Dass es auf eine klare Haltung ankommt, auf den Schutz der Würde und der Rechte jedes einzelnen Menschen – all das bleibt zeitlos*« (SZ, 2017b, S. 5).

Soziale (Un-)Gleichbehandlung

Im Interview vom 03.09.2016 (BILD, 2016a) wird Merkel unter anderem gefragt, ob es sein dürfe, dass ein Rentner in Deutschland vom Staat weniger erhält als zum Beispiel ein unbegleiteter, minderjähriger Flüchtling. Sie antwortet unverzüglich: »Wir haben uns bei der Mindestversorgung der Flüchtlinge an Standards und an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu halten, aber wir haben für niemanden in Deutschland wegen der Flüchtlingshilfe Leistungen gekürzt« (ebd., S. 3). Nach der Verneinung (s. o.) verkehrt sie dieses Ansinnen ins Positive: »*Im Gegenteil gab es in den letzten Jahren ja mancherlei soziale Verbesserungen.* Finanzieren können wir das alles, weil wir seit Jahren eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik betreiben. Für Neiddebatten gibt es also keinen Anlass« (ebd., S. 3). Merkel trägt hier kaum etwas zur Reduktion der Benachteiligung und Ungleichbehandlung bestimmter Bevölkerungsgruppen bei, auch nicht nur verbal zu deren emotionaler Verarbeitung. Stattdessen arbeitet sie mit Verwerfungen, die – insbesondere, wenn sie wie auch für Teile der Ingroup Diskriminierungen verbergen – als implizite Verurteilungen fungieren, die als solche von den Adressaten nicht integriert werden und ein Potenzial an Aggressionen beinhalten, und sei es zunächst nur in der sublimen Form von Ressentiments (Galliker et al., 1996). Besteht mithin nicht die Gefahr, dass wiederkehrt, was vorgängig auf bestimmte Personengruppen übertragen wurde?

Projektionen

Merkel sieht im Interview vom 03.09.2016 (BILD, 2016a) die »Fluchtursache« vor allem in jenen Personen, die sie als »Schlepper« bezeichnet und die zur Zeit der DDR noch »Fluchthelfer« genannt wurden. Bei der Bundeskanzlerin erfolgen Diskriminierungen häufig im Zusammenhang mit »Projektionen«, womit in der Psychoanalyse Operationen bezeichnet werden, durch die ein Subjekt objektive oder subjektive Bedingungen, die es an und für sich ablehnt und verkennt, ausschließt und in anderen Personen lokalisiert. Ein Beispiel:

»Die Türkei ihrerseits kann kein Interesse daran haben, dass jeden Tag Menschen in der Ägäis ertrinken und sich Schlepper und andere Kriminelle in den türkischen Küstenstädten breitmachen. *Es ist im Interesse beider Seiten, der EU wie der Türkei, Legalität herzustellen*« (ebd., S. 3).

Im vorliegenden Interview weist Merkel sechsmal auch indirekt, das heißt nur im Kontext der angeblichen Behandlung der Fluchtursache, auf »Schlepper« hin. Das bedeutet, dass diese von ihr zwar auch explizit, meistens aber »implizit« negativ sprachlich diskriminiert werden (vgl. z. B. Wagner, 2015). Implizite Diskriminierungen scheinen indes eine besonders geeignete Voraussetzung von Projektionen zu sein, da deren Zielobjekt kaum auffällt und so der Vorgang wohl von den meisten Rezipienten nicht bemerkt wird (vgl. Galliker et al., 1998).

Zerrbilder

Merkel, die Projektionen offenbar nicht vermeidet, reagiert ungehalten, wenn sie hinsichtlich anderer Personen annimmt, dass diese die Realität verzerren. Als Beispiel sei ein Ausschnitt aus ihrer Neujahrsansprache für das Jahr 2017 angeführt:

»Viele verbinden mit diesem Jahr 2016 auch das Gefühl, die Welt insgesamt sei aus den Fugen geraten oder das, was lange Zeit als Errungenschaft galt, sei jetzt in Frage gestellt. *Die Europäische Union zum Beispiel. Oder gleich die parlamentarische Demokratie*, die sich angeblich nicht um die Interessen der Bürger kümmere, sondern nur dem Nutzen einiger weniger diene. Was für Zerrbilder« (Bulletin der Bundesregierung, 2017).

Warum wird wohl von der Union seit Jahren der geplante Einblick in die Lobbyaktivitäten im Bundestag blockiert? (vgl. z. B. jW, 2017b, S. 2). Nimmt Merkel, die sich gegen Meinungen wendet, welche die Meinungsbilder verzerren (s. o., Merkels Anspruch), verzerrte Wahrnehmungen nur bei anderen Personen wahr? Könnte man sich beim angeführten Beispiel nicht auch fragen, ob es sich um eine Projektion der Projektion handelt?

2. Synthese

Die kürzeste Antwort auf die Ausgangsfrage (s. o.) lautet, dass Merkel gesellschaftliche und soziale Ungleichheiten in den Medien meistens nicht darstellt oder sie ausblendet.

Die Realpolitik findet kaum jemals Eingang in den Diskurs. Merkel ist eine Meisterin der Auslassungen. Zuweilen mag es sich um eine eher »passive« Verschwiegenheit oder auch – was nicht selten vorkommt, hier aber aus Platz-

gründen nicht ausgeführt werden konnte – um sogenanntes Nichtwissen(wollen) handeln; oft handelt es sich aber auch um ein »aktives« Verschweigen durch Ungeschehenmachen.

Ungeschehenmachen

In der Psychoanalyse wird unter Ungeschehenmachen (vgl. z.B. Laplanche & Pontalis, 1972/1986, S. 566) die Bemühung verstanden, so zu tun, als ob fragwürdige Entscheidungen oder Handlungen nicht erfolgt wären, indem Sätze produziert werden, die eine »entgegengesetzte« Bedeutung nahelegen (bei Merkel oft i. S.v. Rechtstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechten usw.). Das Ungeschehenmachen setzt sich aus Isolierung und Idealisierung zusammen: Durch die »Isolierung« wird die Politik nur als Abfolge von Einzelereignissen und nicht in ihrem Zusammenhang betrachtet (z.B. Austeritätspolitik gegenüber Griechenland/Stagnierung der Löhne in der BRD/Forcierung des Exports), wodurch für Produzenten sowie Rezipienten der Sinnzusammenhang verloren geht. Durch die »Idealisierung« wird die Politik quasi ins Vollkommene hinein aufgehoben, von wo aus *die* Menschen derart »über-schaut« werden, dass die »Wahrnehmung« nicht durch aufkommende Differenzen zwischen denselben gestört wird.

Zusammenfassend kann zum »Ungeschehenmachen« festgehalten werden:

- 1.1. Zusammengehörige Dinge werden isoliert voneinander betrachtet, sodass sie scheinbar nichts mehr miteinander zu tun haben, und
- 1.2. Auf abstrakter Ebene werden allgemeine Wertaussagen für alle Menschen formuliert, wodurch Ungleichheiten nivelliert werden.

Der Prozess des Ungeschehenmachens kann mit dem Warentausch verglichen werden, der sich wie folgt zusammensetzt:

- 2.1. Verschiedene Dinge werden zusammengeführt und
- 2.2. Auf abstrakter Ebene werden sie wertmäßig verglichen bzw. unterschieden oder gleichgesetzt.

Beim Vergleich von 1 und 2 stellt sich heraus, dass das Ungeschehenmachen vergleichbar mit dem Negativ des fotografischen Bildes die Umkehrung des Warentausches ist. Es komplementiert *und* komplettiert als solches ideell den materiellen Prozess. Offenbar wird unbewusst das, was durch die durchgehende Warenform geschieht, nicht nur negiert und berichtigt, sondern auch quasi humanitär ergänzt und verklärt.

Verschwinden von Ungleichheiten

Mit den angeführten Prozessen werden Ungleichheiten aus dem Diskurs eliminiert:

Zu 2.1. und 2.2.: Mit der Verdinglichung der Wertverhältnisse in Geld und Kapital reduzieren sich gesellschaftliche Verhältnisse auf eine einzige quantifizierbare Dimension. Die der Warenform aufsitzende Wahrnehmung reduziert qualitative gesellschaftliche und soziale Unterschiede auf »quantitative« Verhältnisse bzw. auf bloße Verhältnisse von Zahlen, was mitunter auch zu einer emotionalen Immunisierung führt (z. B. Griechenlandpolitik der Bundesregierung).

Zu 1.1. und 1.2.: Hingegen werden bei der ideellen Umkehrung des Warentausches im Ungeschehenmachen zusammengehörige Sachverhalte voneinander isoliert und auf der abstrakten Ebene allgemeine Wertaussagen formuliert, wodurch reale Verhältnisse und Ungleichheiten nicht nur auf quantitative Verhältnisse nivelliert werden, sondern verschwinden.

Camera-obscura-Effekt

Im Warentausch werden die Produkte der Arbeit als deren »Natureigenschaften« zurückgespiegelt. Dabei erscheint das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten als Verhältnis von Sachen. Letztere beginnen sich in Wirtschaft und Politik als fremde Macht auf deren Produzenten auszuwirken (ja diese »anzugreifen«, s. o.). Dabei wird kaum jemals beachtet, *wer* diese Bewegungen wie in Gang gesetzt hatte (vgl. u. a. Metscher, 2016, S. 185ff.).

Gesellschaftlich unbewusst bleibt vielen BürgerInnen sowie vielen VerantwortungsträgerInnen, dass sie selbst von dem, was sie und ihresgleichen teilweise herbeigeführt haben und fortgesetzt reproduzieren, zunehmend bestimmt werden, ja sich ihm schließlich ausgeliefert sehen (z. B. das Flüchtlingsproblem aufgrund einer expansiven Politik, die neben ökonomischen Maßnahmen zugunsten der industriellen Zentren auch die Beteiligung an militärischen Interventionen und Kampfhandlungen zur Erhaltung des Zugangs zu den Rohstoffen und zur Sicherung der Handelswege involviert).

Margret Thatchers politisches Verhalten wurde durch die TINA-Formel legitimiert: »There is no alternative« (vgl. u. a. Hahn, 2016, S. 329ff.). So gab sich auch Merkel bei Bekanntgabe ihrer erneuten Kandidatur am 20.11.2016 im Sinne ihres scheinbar selbstverständlichen Weiter-so »alternativlos« (vgl. BILD, 2016b, S. 2).

Nach Merkels Meinung braucht das Land in diesen unruhigen Zeiten weiterhin jemanden mit ihrer Erfahrung, denn »[w]ir werden es mit Anfechtungen von allen Seiten zu tun haben«. Sie erwarte Anfechtungen »von rechts und von links, von innen und von außen. *Anfechtungen auf unsere Werte, auf unsere Art zu leben*« (ZDF, 2016).

3. Schluss

Abschließend kehren wir zu dem in Merkels verbalem Verhalten aufgefundenen Anspruch zurück, an dem eben dieses Verhalten zu messen ist.

1. Die Kanzlerin versteht es, an das nicht nur bei vielen PolitikerInnen vorhandene, sondern auch in der Bevölkerung weitverbreitete (*Waren-*)*Bewusstsein* anzuknüpfen und dieses zu verstärken; von einem Populismus im populären Sinne dieses Begriffs kann allerdings keine Rede sein. Was links oder rechts von den wahrzunehmenden Sachverhalten abweicht, wird von Merkel verworfen. Ihre selten auf die Population hin ausgerichtete oder an dieser orientierte Politik hat sich zunehmend mit (manchmal schon offensichtlich widersprüchlichen) Sachverhalten auseinanderzusetzen (vgl. z. B. den EU-Türkei-Pakt).

2. Merkel gibt vor, der gemeinsamen Wertebasis des Rechtsstaates und der Demokratie zuzuarbeiten, was sie allerdings nur auf ideeller Ebene schafft. Indessen bemüht sich die Kanzlerin dazu beizutragen, im Namen der sogenannten Wertegemeinschaft deren tatsächliche Werte soweit wie möglich zu verwerten, was ihr *effektiver Maßstab* zu sein scheint – mit der Konsequenz, dass sich weitergehende gesellschaftliche Ungleichheiten gegenüber den südlichen Ländern produziert werden, in der EU soziale Ungleichgewichte ausgeprägter werden und sich die Schere zwischen Arm und Reich auch innerhalb der BRD mehr öffnet, was mit ein Grund für die Entstehung rechter Bewegungen und Parteien zu sein scheint.

Literatur

- ARD (2012). Sommerinterview von Ulrich Deppendorf mit Angela Merkel. *Bericht aus Berlin* (Fernsehsendung, 26.08.2012).
- BILD (2016a). Diekmann, Kai, Koch, Tanit, Reichelt, Julian & Tedeskino, Markus. *Die Bundeskanzlerin im großen Bild-Interview. »Was tun Sie, wenn ein Muslim Ihnen nicht die Hand gibt?« Angela Merkel über Flüchtlinge, Selfies und Integration*. 03.09.2016, S. 2–3.
- BILD (2016b). »Diese Wahl wird schwierig wie nie«. 21.11.2016, S. 2.
- Bulletin der Bundesregierung (2016). *Neujahrsansprache 2016 von Bundeskanzlerin Dr. Angela*

- Merkel am 31. Dezember 2015 über Hörfunk und Fernsehen. Berlin: Bulletin der Bundesregierung Nr. 01-1, 01.01.2016.
- Bulletin der Bundesregierung (2017). *Neujahrsansprache 2017 von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 31. Dezember 2016 über Hörfunk und Fernsehen*. Berlin: Bulletin der Bundesregierung Nr. 01-1, 01.01.2017.
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016). *Merkel im Bundestag: »Offenheit bringt uns mehr Sicherheit als Abschottung«*. 24.11.2016.
- Flaßbeck, Ch. & Erb, H.-P. (2015). Theorie der Sozialen Identität. In M. Galliker & U. Wolfradt (Hrsg.), *Kompodium psychologischer Theorien* (S. 491–494). Berlin: Suhrkamp
- Galliker, Mark (1980). *Arbeit und Bewußtsein. Eine dialektische Analyse von Gesprächen mit Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständig Erwerbenden*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Galliker, Mark, Herman, Jan, Wagner, Franc & Weimer, Daniel (1996). Latente Abwertung sozialer Gruppen im öffentlichen Diskurs. Zur Co-Occurrence-Analyse von vier Jahrgängen einer Tageszeitung. *Medienpsychologie*, 8(1), 3–20.
- Galliker, Mark, Herman, Jan, Imminger, Kurt & Weimer, Daniel (1998). The Investigation of Contiguity. Co-Occurrence Analysis of Print Media using CD-ROMs as a New Data Source, Illustrated by a Discussion on Migrant Delinquency in a Daily Newspaper. *Journal of Language and Social Psychology*, 17(2), 200-219.
- Hahn, Erich (2016). Lenin, Imperialismus und Ideologie. In E. Hahn, Th. Metscher & W. Seppmann (Hrsg.), *Kritik des gesellschaftlichen Bewusstseins* (S. 291–355). Hamburg: LAIKA Verlag.
- Harich, Wolfgang (2014). *Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie*. Marburg: Tectum.
- jW – junge Welt (2017a). *Keine »Ewigkeitsgarantie«. Bundeskanzlerin Merkel zweifelt an USA als Partner. EU zu »mehr Verantwortung« aufgerufen*. 14.01.2017, S. 1.
- JW – junge Welt (2017b). »Rechenschaft von Abgeordneten sei nicht nötig«. Gegen ein Register wehren sich gerade CDU-Parlamentarier vehement. Gespräch mit Roman Ebener. 15.02.2017, S. 2.
- JW – junge Welt (2017c). Jörg Kronauer. *Die »Gegenküsten« kontrollieren. Die Bundesregierung arbeitet an der Abschottung Europas – am besten schon in Afrika*. 28.02.2017, S. 3.
- Laplanche, Jean & Pontalis, Jean-Bertrand (1972/1986). *Das Vokabular der Psychoanalyse*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Metscher, Thomas (2016). Ideologie und Kultur. In E. Hahn, Th. Metscher & W. Seppmann (Hrsg.), *Kritik des gesellschaftlichen Bewusstseins* (S. 151–290). Hamburg: LAIKA Verlag.
- PHOENIX (2017). *Pressekonferenz nach Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem tunesischen Ministerpräsidenten Youssef Chahed in Berlin*. Moderatorin: Sara Bildau (Fernsehsendung, 14.02.2017).
- SZ – Süddeutsche Zeitung (2016/2017). *Merkels Neujahrsansprache im Wortlaut*. 31.12.2016/01.01.2017, S. 8.
- SZ – Süddeutsche Zeitung (2017b). *Eine Koalition, die immer geht. Warum Angela Merkel ein Buch von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vorstellt*. 29.03.2017, S. 5.
- TAZ – Die Tageszeitung (2016). Die Antipopulistin. 29.07.2016, S. 3.
- Wagner, Franc (2015). Sprachliche Diskriminierung. In M. Galliker & U. Wolfradt (Hrsg.), *Kompodium psychologischer Theorien* (S. 461–463). Berlin: Suhrkamp.
- ZDF (2013). Sommerinterview von Bettina Schausten mit Angela Merkel. *Berlin direkt* (Fernsehsendung, 18.08.2013).

ZDF (2016). *heute* (Fernsehsendung, 20.11.2016).

DIE ZEIT (2017). *Hat sie überzeugt? Sechs kurze Kritiken der Neujahrsansprache von Angela Merkel*.
05.01.2017, S. 10.